

Merkel sieht Möglichkeit der „Überforderung“

Kanzlerin gibt Kritikern ihrer Asylpolitik nach – ein wenig

Und sie bewegt sich doch. Unmittelbar vor dem CDU-Parteitag hat Angela Merkel Konzessionen an die parteiinternen Kritiker ihrer Flüchtlingspolitik gemacht. Ein Kurswechsel der Kanzlerin ist das noch nicht. Aber vielleicht der erste Schritt. Denn immerhin gesteht Merkel zum ersten Mal die Möglichkeit einer „Überforderung“ ein. Konkret heißt es in dem Antrag, den das CDU-Präsidium und der Vorstand beschlossen: „Ein Andauern des aktuellen Zustands würde Staat und Gesellschaft, auch in einem Land wie Deutschland, auf Dauer überfordern.“ Das klingt anders als Merckels bisheriges Mantra: „Wir schaffen das“. Immerhin wird jetzt erstmals die Möglichkeit eingestanden, dass Deutschland es nicht schafft.

VON ROBIN ALEXANDER
AUS KARLSRUHE

Damit es nicht dazu kommt, sollen weniger Flüchtlinge kommen. „Wir sind entschlossen, den Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen durch wirksame Maßnahmen spürbar zu verringern.“ Im unionsinternen Kampf um Worte ist das etwas Neues: Noch immer ist Merkel nicht bereit, von „begrenzen“ zu sprechen, wie es der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer, aber auch die CDU-Innenpolitiker seit Wochen fordern.

Der Versuch der Jungen Union (JU) und der mitgliederstarken Mittelstandsvereinigung MIT, auf dem Parteitag das Wort „Obergrenze“ durchzusetzen, entspreche nicht der CDU-Chef Paul Ziemiak im Gespräch mit der „Welt“ geäußert, war schon am Samstag abgebrochen worden. Die JU zog am Sonntag ihren Antrag, in dem das Wort enthalten ist, zurück. „Verringern“, wie es jetzt heißt, sei immerhin etwas deutlicher als „reduzieren“, wie die bisherige CDU-Sprachregelung lautete.

Seit 15 Uhr hatten die Spitzengremien in Karlsruhe hinter verschlossenen Türen getagt. Für einen deutlicheren Text hatten vor allem die Ministerpräsidenten Volker Bouffier (Hessen) und Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt) gewor-

WIR HABEN EINEN KURS GEFUNDEN

ANGELA MERKEL, CDU-Vorsitzende

ben sowie der Staatssekretär im Finanzministerium, Jens Spahn.

Im anschließend tagenden Bundesvorstand sprangen ihnen noch der MIT-Vorsitzende Carsten Linemann, der JU-Chef Ziemiak und Ingbert Liebing vom Verband der Kommunalpolitiker zur Seite. Die Gremien nahmen den Kompromiss mit großer Mehrheit an: die einzige Gegenstimme kam im Vorstand vom sächsischen Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz.

Die alte, weiche Beschlussvorlage der Parteiführung verteidigten neben Merkel persönlich auch ihr Generalsekretär Peter Tauber und Innenminister Thomas de Maizière. Doch Merkel hatte unmittelbar vor der Gremiensitzung bereits Kompromissbereitschaft angedeutet und konzedierte schließlich eine weitere Verschärfung: Kontrolle an der deutschen Grenze sollen nun „intensiviert“ werden. Hier ist zumindest die Möglichkeit von mehr Zurückweisungen angelegt, die vor allem die Innenpolitiker durchsetzen wollten.

Die CDU-Chefin zeigte sich am Abend zufrieden mit dem gefundenen Kompromiss im parteiinternen Flüchtlingsstreit. „Wir haben einen Kurs gefunden, der dem entspricht, was mein Ansatz ist“, sagte Merkel in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“. Gleichzeitig habe man die Sorgen der Menschen aufgenommen.

Damit scheint der drohende Streit auf dem Parteitag vorerst abgewendet. Eine Debatte wird am heutigen Montag trotzdem geführt, denn nach der Rede von Angela Merkel steht eine Aussprache zu. Zu einer Kampfabstimmung über ihre Vorstellungen in der Flüchtlingsfrage und die ihrer Kritiker wird es aber nach dem heutigen Kompromiss nicht mehr kommen.



„Traditionelles Feindbild“: Ein Mann post neben einer brennenden Barrikade. In Leipzig wurden am Wochenende 69 Polizisten verletzt und 50 Einsatzwagen beschädigt

Gerade einmal 550 Meter wollten die rund 150 Anhänger der rechtsextremen „Offensive für Deutschland“ und der Partei Die Rechte durch den Leipziger Stadtteil Connewitz marschieren. Die Demonstration war genehmigt, die Polizei rechtzeitig informiert. Und doch die Gegend anschließend einem Trümmerfeld: 50 Dienstfahrzeuge der Polizei waren beschädigt, überall lagen die Splitter zerborstener Glasscheiben, die Reste verbrannter Müllcontainer und die Steine, mit denen die Linksextremisten auf die Polizisten losgegangen waren. Insgesamt 69 Beamte wurden bei der Abwehr linksextremistischer Gewalt verletzt, 23 mutmaßliche Gewalttäter nahm die Polizei in Gewahrsam. Unter den Festgenommenen war vorübergehend auch der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König, der für seine Aktionen gerade rechts bekannt ist. Sein Kleinbus wurde beschlagnahmt.

VON SVEN EICHTÄDT UND GÜNTHER LACHMANN

Wie konnte es dazu kommen? Am Tag danach hagelte es Schuldzuweisungen. Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) sagte, es seien zu wenig Polizisten im Einsatz gewesen. Der Fraktionschef der Linken im sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, sprach von einem „teilweise massiven und unverständlich erscheinendem Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstrierende“. Auch der innenpolitische Sprecher der Grünen, Valentin Lippmann, bemängelte: „Es ist aber auch zu einem massiven Vorgehen der Polizei gegen friedliche Demonstranten gekommen, bis hin zu Tränengaseinsatz. Die Verhältnismäßigkeit wirft eine Vielzahl von Fragen auf.“ Oberbürger-

meister Jung klagte dagegen über „offenen Straßenterror“.

Dabei hätten doch alle gewusst, was an dem vergangenen Wochenende in Leipzig passieren würde, sagt der Dresdner Extremismusforscher Werner Patzelt im Gespräch mit der „Welt“. „Die Ausschreitungen haben mich nicht überrascht.“ Nicht nur gehörte sie zu Leipzig wie einst die „Kreuzberger Nächte“ zu Berlin. Er habe auch die Gelegenheit gehabt, vorab eine Einschätzung des Leipziger Polizeipräsidenten zu hören. „Genau so, wie der es vorhergesagt, ist es dann auch gekommen“, sagt Patzelt. „Es war zumindest der Polizei klar, und ebenso Linksextremisten, die sich in Leipzig einmal mehr höchst aktiv an die Bekämpfung des ewig Bösen gemacht haben, also an den Kampf gegen rechts sowie gegen jenen Staat, der auch den Gegnern von Linken ihre Freiheitsrechte sichert.“ Ob der Leipziger Oberbürgermeister auch geglaubt habe, dass es wie üblich kommt, sei eine andere Frage, findet Patzelt. „Er gab sich im Nachhinein erstaunt über jene Gewalttätigkeit, obwohl in seiner Stadt derlei Übergriffe immer wieder vorkommen.“

Er hätte es jedenfalls anders können, denn der Leipziger Süden ist für seinen Linksextremismus längst bundesweit bekannt. In den beiden direkt aneinander grenzenden Stadtteilen Connewitz und Südvorstadt verfestigte sich seit 1990 die autonome Szene. Bereits unmittelbar nach der deutschen Einheit hatten Linksextreme damit begonnen, leer stehende Häuser zu besetzen und alternative Wohn- und Lebensformen zu etablieren. Inzwischen zählt Leipzig neben Hamburg und Berlin zu den Zentren des Linksextremismus in der Bundesrepublik. Patzelt hält darum das Erstaunen des Leipziger SPD-Oberbürgermeisters denn auch nicht für glaubwür-

Das falsche Erstaunen über die linke Gewalt

Politiker zeigen sich entsetzt über Krawalle in Leipzig. Dabei war der Exzess absehbar

„Solange es um die viel gelobte Leipziger Abwehr von Legida ging, schien er Gewalt gegen rechts bildend in Kauf zu nehmen“, sagt der Dresdner Wissenschaftler. „Erst jetzt, wo es in ganz offensichtlicher Unverhältnismäßigkeit um ein Häuflein von vielleicht 200 Rechtsextremen und im Wesentlichen gegen die Polizei ging, gibt er sich bestürzt, obwohl sich im Grunde nichts Neues ereignet hat.“

Connewitz gilt auch in Sicherheitskreisen längst als „No-go-Area“. Nicht einmal Bundesinnenminister sind dort sicher. „Vor einigen Monaten wurde Thomas de Maizière (CDU) von seinen Sicherheitsleuten dringend abgeraten, da überhaupt durchzugehen“, sagt Patzelt. Er vor knapp drei Wochen wurde in Connewitz Sachsen Justizminister Sebastian Gemkow (CDU) mit seiner Familie Opfer eines Anschlags. Gegen zu Uhr nachts schlugen Unbekannte die Scheiben seiner Erdgeschosswohnung in der Südvorstadt mit Steinen ein. Buttersäure lief die Scheiben und die Fassade herunter. Werden die linke Gewaltbereitschaft

und die von ihr ausgehende Gefahr möglicherweise unterschätzt? In Deutschland geht links grundsätzlich als gut und rechts immer als schlecht, so Patzelt. „Folglich steht Gewalt von links gegen rechts stets im Dienst einer guten Sache, und also sind auch solche Mittel erlaubt, die man Rechten niemals nachsehen würde“, sagt er. „Selbst wenn man diese Asymmetrie nicht für gut befand, muss man sie als politisch-kulturelle Selbstverständlichkeit in Rechnung stellen. Etwa marschierte bei der Anti-AID-Demonstration in Hannover mit Claudia Roth eine Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages hinter dem Schwarzen Block der gewaltbereiten Linksaufmärschen. Was würde wohl ein CDU-Landtagsabgeordneter zu hören bekommen, wenn er sich auf diese Weise mit Pegida-Demonstranten gemein gemacht hätte?“

Sogar Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) demonstrierte bereits seit an Seit“ mit den Linksextremisten. Auf die Frage der „Welt“, wie er einerseits Pegida vorwerfen könne, Rechtsradikale

in ihren Demonstrationen zu dulden und zugleich mit Linksradikalen zu demonstrieren, antwortete Maas: „Wieso, wo sind denn welche?“ Er könne schließlich nicht jenen kennen, der neben ihm marschiere.

Die linksextreme Szene sieht sich in offener Gegnerschaft zum Staat. Folglich pflegen Autonome und Antifa eine offene Feindschaft zur Polizei. Als in Connewitz eine Polizeiwache eröffnet wurde, reagierte die linke Szene prompt mit einer Anschlagserie auf ebendiese. Höhepunkt: 50 Vermummte versuchten, die Wache zu stürmen. Zwei wachhabende Polizisten kamen nur deshalb mit dem Schrecken davon, weil die Spezialeinheiten den Steinwürfen standhielten.

Vor einem Jahr verübten Linksextreme einen Brandanschlag auf das Auto einer Firma, die für den Betrieb einer Überwachungskamera der Polizei am Connewitzer Kreuz verantwortlich ist. Zwei weitere Brandanschläge richteten sich gegen eine Gentrifizierung in der Südvorstadt. Regelmäßig zu Silvester ist das Gebiet am Kreuz Ort von Straßenkämpfen zwischen Linksextremen und der Polizei, die Verkehrsbetriebe stellen dann den Strom der Oberleitungen für die Straßenbahnen ab.

Aktuell wurde der Hass auf die Polizei zusätzlich gesteigert, weil die Beamten drei Tage vor den Ausschreitungen im Leipziger Osten eine Wagenburg der Linksalternativen auf einem Sportplatz mit Panzerwagen geräumt hatte. Die Linken hatten den Sportplatz erst wenige Tage zuvor besetzt. Nach der Räumung durch die Polizei protestierten sie massiv dagegen vor und im Neuen Rathaus.

„Hinsichtlich der Polizei hegen viele Linke ein ganz traditionelles Feindbild“, sagt Extremismusforscher Patzelt. „Für sie sind Polizisten ‚Bullen‘ oder jene ‚Schweine‘, auf die ‚natürlich‘ geschossen werden darf – wie das die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof einmal formuliert hat.“ Das Verhältnis zur Polizei ändere sich für Linke letztlich erst dann, wenn sie selbst den Staat führten. „Dann nämlich bekämpften Polizisten endlich die Gegner der Linken und stehen auf diese Weise im Dienst der Guten, ja, des Guten“, sagt Patzelt.

Freilich gebe es auch bei Rechtsextremisten ein nicht zu unterschätzendes Aggressionspotenzial. „Bei Rechten ist das Aggressionspotenzial gegen unbewohnte Flüchtlingsunterkünfte ziemlich groß, ja auch gegen bewohnte Flüchtlingsheime oder Busse mit Flüchtlingen. Ihnen gegenüber enthemmt sich die braune Seebe“, sagt der Dresdner Wissenschaftler. Gering sei hingegen das Aggressionspotenzial bei rechten Kundgebungen. Von Pegida-Demonstrationen gehe nur in Einzelfällen Gewalttätigkeit aus. Und selbst die NPD habe „eigentlich immer Respekt vor – zumindest – der Polizei“.

Am vergangenen Wochenende war es 13 Hundertschaften der Polizei in Leipzig auch unter Einsatz von Tränengas nur mit großer Mühe gelungen, der linken Gewalt Einheit zu gebieten. Die von der Leipziger Polizeiführung angeforderte Verstärkung blieb aus, weil dem Vernehmen nach all anderen verfügbaren Polizisten zur Sicherung von Spielen der Fußball-Bundesliga eingesetzt werden mussten.

„Weiblichkeit darf nicht diskreditiert werden“

Julia Klöckner und Ilse Aigner machen sich vor dem CDU-Parteitag für ein Verbot der Vollverschleierung stark. De Maizière widerspricht

Sie lassen nicht locker: CDU-Vize Julia Klöckner und die stellvertretende bayerische Ministerpräsidentin Ilse Aigner (CSU) werben weiter für ein Verbot der Vollverschleierung bei muslimischen Frauen. Pünktlich zum CDU-Parteitag in Karlsruhe, der offiziell am heutigen Montag beginnt, haben sich die beiden Unionsfrauen zusammengesetzt. Ihr Ziel: Sie ziehen für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und die Ächtung von Burka sowie Nikab zu Felde. In einer gemeinsamen Erklärung, die der „Welt“ vorliegt, erläutern sie ihre Beweggründe.

VON PETER ISSIG
AUS MÜNCHEN

Unter der Überschrift „Worum es uns geht“, machen sie deutlich, dass es ihnen „undenkbar“ sei, dass religiöse Vorgaben das Leben derart einschränken, dass die persönliche Freiheit, Grund- und Menschenrechte betroffen seien. „Und für uns als Frauen schließlich ist es undenkbar, dass religiöse Vorschriften das Recht der Frau auf Selbstbestimmung einschränken.“ Die beiden Politikerinnen wollen „eine Botschaft setzen: für die Gleichberechtigung der Frau, für die Anerken-



DER ISLAM MUSS DIESE DISKUSSION AUSHALTEN

JULIA KLÖCKNER (CDU)
UND ILSE AIGNER (CSU)

nung ihrer Leistung, für die Akzeptanz ihrer persönlichen Wünsche und für eine offene Gesellschaft.“ Die Vollverschleierung aber sehe sie als „Symbol eines überkommenen Frauenbildes“ an und nicht als Ausdruck religiöser oder kultureller Vielfalt.

Klöckner und Aigner machen für dieses Frauenbild eine männerdominierte Weltanschauung verantwortlich. Hinter der Verschleierung würden sich oft „fantastische Frauen“ verbergen. „Aber hinter der religiösen Regel steckt die Sicht von Männern, die diese schon deshalb als sinnhaft empfinden, weil sie Frauen sind. Wir wollen nicht zulassen, dass Weiblichkeit diskreditiert wird, sondern verurteilen Männer, die offenbar die (unverhüllte) Frau nicht anders als ein Lustobjekt sehen“, schreiben die Unionspolitikerinnen.

Julia Klöckner, die auch CDU-Chefin in Rheinland-Pfalz ist, hat sich bereits mehrfach für ein Burka-Verbot ausgesprochen. Im Antragspaket zum CDU-Parteitag finden sich auch zwei Anträge aus ihrem Landesverband, die sich gegen die Tolerierung der Vollverschleierung aussprechen und eine rechtliche Überprüfung fordern. Die CSU-Politikerin Ilse Aigner hatte erst kürzlich in einem „Welt“-Interview

das Thema aufgegriffen und eine schnelle gesetzliche Regelung gefordert – auch mit der Begründung, dass sie bei ihrer offiziellen Iran-Reise im Herbst „die Gebote des Landes befolgt und ein Kopftuch getragen“ habe. Ebenso erwarte sie von Frauen aus dem arabischen Raum, auch von Touristinnen, dass sie hierzulande auf die Vollverschleierung verzichten.

Die Reaktionen auf den Vorschlag waren zwiespältig. Neben viel Zustimmung wurden Einwände laut, dass die Religionsfreiheit höher zu werten sei. Kritisiert wurde Wirtschaftsministerin Aigner von der bayerischen Wirtschaft. Denn Besucher aus den Golfstaaten sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor im Freistaat. Laut einer Studie gibt der arabische Tourist in München im Schnitt 367 Euro pro Urlaubstag aus. Außerdem wurde Aigner vorgeworfen, dass sie sich im Rennen der möglichen Nachfolger von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) mit populistischen Forderungen profilieren wolle. „Ist es populistisch, wenn wir uns für Frauenrechte und Gleichberechtigung starkmachen“, entgegnete die beiden Unionsfrauen nun. Es sei auch nicht islamfeindlich, „wenn wir die Auslegungen und Praktiken dieser Religion kriti-

sieren, die unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenstehen“. Der Islam müsse diese Diskussion aushalten. Frauen könnten hierzulande offen, selbstbewusst und frei auftreten. „Diese Freiheit ist Voraussetzung dafür, dass sie sich behaupten und durchsetzen können“, heißt es in der Erklärung der beiden Politikerinnen. „Wer aber bin ich, wenn ich verhüllt bin?“

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte zuvor rechtliche Bedenken gegen ein gesetzliches Burka-Verbot geäußert. „Man kann nicht alles verbieten, was einem nicht gefällt“, sagte er der „Welt am Sonntag“. Ein Verbot wäre kompliziert, nicht nur, weil dafür wohl die Bundesländer zuständig seien. Verfassungsrechtler seien zudem der Meinung, „dass ein solches Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht nicht halten würde“. De Maizière plädiert stattdessen für eine politische Ablehnung der Burka. Die Ganzkörperverschleierung gehöre „nicht zu unserem Lebensstil und unserem Land“, sagte der Minister. „Wir sind stolz darauf, dass wir unser Gesicht zeigen und mit unserem Namen für das eintreten, was wir machen.“ Das zeichne die deutsche Gesellschaft aus. „Deshalb lehne ich das Tragen einer Burka in Deutschland ab.“